

REPORT

Nr. 62, November 2020

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

VERTEILUNGSBERICHT 2020

Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt

Bettina Kohlrausch, Aline Zucco und Andreas Hövermann

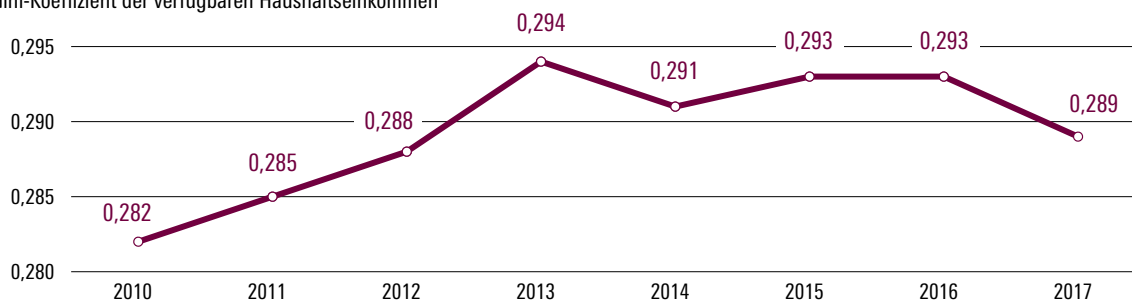
AUF EINEN BLICK

In Deutschland waren die Einkommen bereits vor der Corona-Krise ungleich verteilt. Dieser Verteilungsbericht zeigt, dass während der Krise insbesondere die unteren Einkommensgruppen Einbußen erlitten haben. Damit deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Einkommensungleichheit durch die Krise weiter zunehmen könnte.

SOEP-Daten belegen, dass die Einkommensungleichheit seit 2010 gestiegen ist. Zwar lässt sich am Gini-Koeffizienten nach 2013 ein leichter Rückgang ablesen – diese Entwicklung ist aber vor allem durch einen Anstieg der mittleren Einkommen zu erklären. Die unterste Einkommensgruppe konnte

vom Aufschwung der letzten Jahre hingegen kaum profitieren. Diese Tendenz wird sich durch die Krise noch verstärken, wie eine Analyse von Daten zeigt, die im Rahmen der Erwerbspersonenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung im April und Juni 2020 erhoben wurden. Die Ergebnisse verdeutlichen sehr eindringlich, dass Personen mit geringem Einkommen häufiger Einbrüche im Einkommen hinnehmen müssen – und dass ihre Einbußen zudem auch stärker ins Gewicht fallen. Erwerbstätige mit hohem Einkommen und Beschäftigte in Normalarbeitsverhältnissen haben hingegen kaum krisenbedingte Verluste verzeichnet.

Ungleichheit der Einkommen in Deutschland
Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen



Je größer der Koeffizient, desto höher die Ungleichverteilung der Einkommen.

Daten: SOEP

Auf einen Blick	1	4 Einkommensentwicklung von 2010 bis 2017 . . .	7
1 Einleitung	2	5 Ungleichheitsentwicklungen während der Corona-Krise	12
2 Stand der Forschung: Warum die Corona-Krise Ungleichheiten verstärkt?	3	6 Diskussion und Fazit	16
3 Daten und Methode	4	Glossar	18

1 EINLEITUNG¹

Die Corona-Krise, die Deutschland im Frühjahr 2020 erreichte, unterschied sich in vielerlei Hinsicht von anderen Wirtschaftskrisen: Zunächst ist diese Krise – anders als zum Beispiel die Ölkrise in den 1970er Jahren und die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 – nicht die unabwendbare Folge ökonomischer Entwicklungen wie starken Preissteigerungen, sondern die bewusste Einschränkung des wirtschaftlichen Lebens, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Zudem gab es kaum andere Wirtschaftskrisen, die so schnell und zeitgleich in (fast) allen Teilen der Welt zu spüren war. Ferner offenbart diese Krise – wie kaum eine andere vorher – soziale Missstände in unserer Gesellschaft, weswegen im Kontext der Corona-Krise immer wieder vom „Brennglas“ die Rede ist. So wurden zum Beispiel zu Beginn der Krise, während der relativ starken Kontakt-Beschränkungen, die sogenannten systemrelevanten Berufe und ihre Löhne und Arbeitsbedingungen viel diskutiert (z. B. Koebe et al. 2020). Zeitgleich führte die eingeschränkte Betreuungssituation für Beschäftigte, die nicht in den systemrelevanten Berufen beschäftigt waren, zu einer zunehmenden Doppelbelastung für Eltern, wobei sich zeigte, dass diese Last zu großen Teilen von Frauen getragen wurde (z. B. Kohlrausch/Zucco 2020). Darüber hinaus aber weisen erste Analysen darauf hin, dass diese Krise finanziell nicht alle Beschäftigten gleichermaßen trifft, sondern insbesondere Personen mit niedrigerem sozio-ökonomischen Status (Hövermann 2020).

Bereits vor der Krise war ersichtlich, dass es in Deutschland eine vielzitierte Schere zwischen arm und reich gibt: Während sich die Vermögensungleichheit in Deutschland seit Jahrzehnten auf einem sehr hohen, aber relativ stabilen Niveau befindet (Tiefensee 2017), stieg insbesondere die Einkommensungleichheit seit der Wiedervereinigung stark an (z. B. Spannagel/Molitor 2019). Da sich andeutet, dass die Corona-Krise insbesondere diejenigen Beschäftigten trifft, die bereits vor der Krise am unteren Ende der Einkommensverteilung zu finden waren, stellt sich die zentrale Frage, wie sich die Corona-Krise in naher Zukunft auf die Einkommensungleichheit auswirken wird. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch kein Ende der Corona-Pandemie in Sicht – im Gegenteil: die wieder massiv ansteigenden Fallzahlen im vierten Quartal des Jahres lassen eine weitere Zuspitzung der ökonomischen Entwicklungen vermuten. Zudem wird es – wenn ein Impfstoff verfügbar sein wird – aufgrund der abzu-sehenden Kapazitätsgrenzen viele Monate dauern, bis ein größerer Teil der Bevölkerung geimpft sein wird. Die langfristigen ökonomischen und sozialen Folgen der Krise lassen sich somit auch nur bedingt abschätzen; dennoch erlauben die jetzt vorhandenen ersten Daten Prognosen darüber abzugeben, wie sich die Einkommensungleichheit im Verlauf der Krise entwickeln wird. Dies ist die zentrale Frage, die in diesem Bericht behandelt wird.

Da zum jetzigen Zeitpunkt (Oktober 2020) noch keine repräsentativen Einkommensdaten für 2020 vorliegen, greift dieser Bericht stattdessen auf eine Erwerbspersonenbefragung zurück, die während der Corona-Krise von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) durchgeführt wurde. Diese Befragung enthält neben sozio-ökonomischen Hintergrundinformationen auch Angaben zu den aktuellen Einkommensverlusten, sodass sich mit den Daten abschätzen lässt, welche Gruppen in der Krise besonders häufig Einkommenseinbußen hinzunehmen hatten. Zusätzlich wird auf Basis der aktuellen Welle des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) untersucht,

¹ An dieser Stelle möchten wir uns recht herzlich bei Dorothee Spannagel für die großartige Vorarbeit und die sehr gute Dokumentation bedanken, die uns bei der Erstellung des Berichts erheblich geholfen haben. Außerdem danken wir Toralf Pusch und Renate Anstütz für das detaillierte Lesen, Kommentieren und Redigieren sowie Daniela Buschke und Jutta Höhne für die Aufbereitung des Berichts.

wie sich die Einkommen in Deutschland seit 2010 entwickelt haben und welche soziodemografischen Bevölkerungsgruppen schon vor der Krise stärker von Armut betroffen waren.

Der Bericht ist wie folgt aufgebaut: Zunächst wird in Abschnitt 2 der aktuelle Stand der Forschung bezüglich der ungleichheitsverstärkenden Faktoren der Corona-Krise aufgezeigt. Dabei wird dezidiert der Frage nachgegangen, warum sich diese Krise von anderen Wirtschaftskrisen unterscheidet. Im Anschluss daran werden in Kapitel 3 die beiden im Folgenden verwendeten Datensätze, also das SOEP und die HBS-Erwerbspersonenbefragung, genauer beschrieben. Zudem liefert das Kapitel eine Definition der verschiedenen Ungleichheitsindikatoren. Diese Kennziffern werden dann im Abschnitt 4 verwendet, um die Entwicklung der Einkommensungleichheit zwischen 2010 und 2017 zu messen und die Sozialprofile armer und reicher Menschen² im Jahr 2017 aufzuzeigen. Darauf aufbauend wird im nächsten Kapitel untersucht, wie sich die Krise finanziell auf Personengruppen ausgewirkt hat, die vor der Krise überdurchschnittlich häufig als arm oder reich galten. Abschließend wird diskutiert, wie diese Ergebnisse im Rahmen der Entwicklung zukünftiger Einkommensungleichheit zu interpretieren sind und mit welchen politischen Maßnahmen sich eine weitere Verschärfung dieser Entwicklung aufhalten oder zumindest abschwächen lässt.

2 STAND DER FORSCHUNG: WARUM DIE CORONA-KRISE UNGLEICHHEITEN VERSTÄRKT

Die Corona-Krise unterscheidet sich in ihrer Art von vielen vorherigen Krisen, insbesondere aber der letzten großen Wirtschaftskrise, der Finanzkrise 2008/09. Einerseits, weil sie, anders als die Finanzkrise, neben einem Nachfrage- auch einen Angebotseinbruch zur Folge hatte. Denn durch die internationale Vernetzung der Wertschöpfungsketten führten Lieferprobleme dazu, dass die Produktion hierzulande zum Erliegen kam (Bofinger et al. 2020). Die eingeschränkte Betreuungssituation durch geschlossene Schulen und Kitas führte dazu, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit reduzieren mussten oder gar komplett freigestellt waren (Kohlrausch/Zucco 2020). Andererseits handelt es sich bei der Corona-Krise um eine Wirtschaftskrise, die durch eine Pandemie ausgelöst wurde. In der Vergangenheit haben Epidemien ähnlich wie Krie-

ge dazu geführt, dass sich die Einkommens- und Vermögensungleichheit reduzierte³ (Butterwegge 2020, S.138). Um zu verstehen, weshalb sich dieser Trend während der Corona-Pandemie nicht abzeichnet, sondern – im Gegenteil – die Einkommensungleichheiten womöglich sogar zunehmen werden (Hövermann/Kohlrausch 2020), soll im Folgenden ein Überblick über die ersten ökonomischen Entwicklungen seit dem Ausbruch der Pandemie in Deutschland im Frühjahr 2020 und der einhergehenden Krisensituation gegeben werden.

Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit lässt sich zwar in allen Regionen beobachten, fällt aber nicht überall gleich groß aus. So zeigen Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dass insbesondere die Regionen, die stark durch Tourismus und das Gastgewerbe geprägt sind, einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten (Böhme et al. 2020). Allerdings erwähnen die Autor*innen auch, dass es nach Ende der starken Corona-Beschränkungen im Juni und Juli wieder vermehrt Einstellungen in diesen Branchen gab. Der langfristige Effekt auf die Arbeitslosigkeit kann aber noch nicht vollständig beurteilt werden, da viele Beschäftigte noch in Kurzarbeit sind, mittelfristig aber womöglich ihren Arbeitsplatz verlieren werden (ebd.). Doch auch hinsichtlich der Kurzarbeit zeigt sich, dass nicht alle Beschäftigten die gleiche Wahrscheinlichkeit hatten, in Kurzarbeit zu gehen. Insbesondere Personen mit einem geringen Haushaltseinkommen, Geringqualifizierte und Personen, die nicht im Homeoffice arbeiten können, gingen besonders häufig in Kurzarbeit (Kruppe/Oisander 2020; Kohlrausch/Zucco 2020; Schroeder et al. 2020). Zwar konnten dank des *Gesetzes zur befristeten krisenbedingten Verbesserung der Regelungen für das Kurzarbeitergeld*, das im März 2020 in Kraft trat, auch Leiharbeiter*innen das Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen, allerdings bezieht sich die Beitragshöhe dabei auf das pauschalierte Nettoeinkommen und schließt somit unter anderem auch Zuschläge für Nacht- oder Sonntagsarbeit aus. Da das Kurzarbeitergeld maximal 60% bzw. 67% des Nettoeinkommens⁴ beträgt, bedeutet das vor allem für Beschäftigte im Niedriglohnsektor einen großen (relativen) Einkommenseinbruch (Butterwegge 2020). Dies verdeutlicht, dass vor allem Beschäftigte, die bereits vor der Krise ein geringes Einkommen hatten, zum Teil drastische Einkommensein-

2 Ist im Folgenden von Armut und Reichtum die Rede, bezieht sich dies auf das relative Konzept der Einkommensarmut bzw. des Einkommensreichtums (Kapitel 3b).

3 Laut Butterwegge (2020, S. 138) war das die Folge fallender Lebensmittel-, Boden- und Immobilienpreise sowie steigender Löhne.

4 Das neue Gesetz zur Erleichterung der Kurzarbeit umfasst in den ersten drei Monaten 60% des fehlenden Nettoeinkommens für Beschäftigte ohne Kinder und 67% bei jenen mit Kindern. Bei Beschäftigten, die weniger als 50% arbeiten, wird dieser Satz nach vier Monaten auf 70% bzw. 77% mit Kindern erhöht. Nach sieben Monaten steigt der Satz auf 80% bzw. 87% mit Kindern.

bußen auf ohnehin schon relativ problematischem Niveau erfahren. Umgekehrt erfahren privilegierte Beschäftigte mit höheren Einkommen und flexiblen Zeitarrangements deutlich seltener Arbeitsmarkteffekte durch die Krise.

Besonders stark trifft die Krise dabei aber Migrant*innen. Bereits vor der Krise waren Personen mit Migrationshintergrund deutlich stärker von Niedrigeinkommen betroffen – konkret sogar mehr als doppelt so häufig wie Personen ohne Migrationshintergrund (Grabka/Goebel 2020). Durch die Corona-Krise ist jedoch der Anteil der Arbeitslosen unter Migrant*innen zudem deutlich stärker gestiegen als unter Deutschen. Des Weiteren weist Butterwegge (2020, S.154) darauf hin, dass nicht alle Migrant*innen vom Kindergeld sowie dem Kinderbonus der Bundesregierung⁵ profitieren, da diese an den Aufenthaltsstatus gekoppelt sind. Da Personen mit Migrationshintergrund deutlich häufiger von Niedrigeinkommen und Kurzarbeit (Grabka/Goebel 2018; Anger et al. 2020) betroffen sind, führt die Krise bei Migrant*innen zu deutlich größeren Einkommenseinbußen. Dieser Effekt verstärkt sich mitunter durch die wesentlich höhere Arbeitslosenquote unter Migrant*innen.

Weiterhin unterschied sich die Corona-Krise, insbesondere in ihrer Anfangszeit, von anderen Krisensituationen, da zur Eindämmung des Corona-Virus die institutionelle Kinderbetreuung auf einen Notbetrieb heruntergefahren wurde. Lediglich Eltern, die in den sogenannten systemrelevanten Berufen beschäftigt waren, hatten Anspruch auf eine Kindernotbetreuung, sodass Kinder aller anderen (nicht in systemrelevanten Berufen beschäftigten) Eltern von zu Hause aus betreut werden mussten. Das hatte zur Folge, dass viele Beschäftigte – überdurchschnittlich häufig Frauen – ihre Arbeitszeit reduzieren oder sich gar freistellen lassen mussten. Auch hier verstärken sich die Effekte bei niedrigem Haushaltseinkommen, da diese Gruppe seltener im Homeoffice arbeiten konnte und daher die Erwerbsarbeit reduzieren musste, um der Kinderbetreuung nachzukommen (Kohlrausch/Zucco 2020). Besonders hart traf dieser Umstand Alleinerziehende, die durch die mangelnde institutionelle Kinderbetreuung stärkere Einkommenseinbußen erfuhren (u. a. Alon et al. 2020; VAMV NRW 2020).

3 DATEN UND METHODE

Daten

Die Berechnungen für diesen Bericht stammen aus zwei Datengrundlagen: Der erste Teil, der die Einkommensverteilung vor der Pandemie angibt, beruht auf dem SOEP. Der zweite Teil, der die ersten Entwicklungen seit Beginn der Corona-Krise beschreibt, bezieht sich auf Auswertungen basierend auf der HBS-Erwerbspersonenbefragung, die während der Krise durchgeführt wurde.

Das SOEP ist eine repräsentative Haushaltsbefragung, die seit 1984 jährlich durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) durchgeführt wird. Hierfür werden in jedem Jahr über 25.000 Personen in etwa 16.000 Haushalten überwiegend in face-to-face-Interviews zu ihrer aktuellen Lebenssituation befragt (DIW Berlin 2020). Neben Angaben zum Gesundheitszustand und der Bildungs- und Migrationsgeschichte enthält der Datensatz vielschichtige Informationen zur Erwerbs- und Einkommenssituation der Befragten.

Die SOEP-Daten bieten den Vorteil, dass neben den Individualdaten auch umfassend der Haushaltskontext miteinbezogen werden kann. Zudem eignet sich das SOEP aufgrund der detaillierten Einkommensangaben und der erheblichen Stichprobengröße dazu, die Einkommensverteilung in Deutschland mittels verschiedener Kennziffern darzustellen. Dennoch hat das SOEP, wie die meisten anderen Befragungsdaten, den Nachteil, dass nicht alle Personen mit der gleichen Wahrscheinlichkeit an der Befragung teilnehmen. Das ist insofern problematisch, dass gerade Personen mit sehr hohen Einkommen oder Vermögen seltener an Einkommensbefragungen teilnehmen (Bach et al. 2019; Vermeulen 2018). Weiterhin sind einige Gruppen wie u. a. Obdachlose am unteren Ende der Einkommensgruppe ausgeschlossen, da sie durch das SOEP nicht über den Wohnort und Haushalt erfasst werden können. Diese Selektion hat zur Folge, dass die Einkommen an den Rändern der Verteilung nur unvollständig wiedergegeben werden. Außerdem können Verzerrungen auftreten, wenn am unteren Ende der Verteilung das Einkommen häufig aus Schamgründen zu hoch und am oberen Ende aus ähnlichen Gründen oder dem Unwissen über das genaue Einkommen zu niedrig angegeben wird (Spannagel/Molitor 2019). Hingegen sind Einkommensgruppen zwischen den Rändern eher überrepräsentiert, sodass die Einkommensverteilung zur Mitte hin auch verzerrt ist („Mittelschichtbias“, Unger et al. 2013, S.2) und die in diesem Bericht mittels Verteilungsmaße quantifizierte Ungleichheit höchstwahrscheinlich unterschätzt wird.

Da die letzten verfügbaren Einkommensinformationen des SOEP nur bis einschließlich 2017 – und somit lange Zeit vor Ausbruch der Pandemie und der daraus folgenden Wirtschaftskrise – vorliegen, ist das SOEP – zumindest zum jetzigen Zeitpunkt –

⁵ Im Rahmen des im Juni beschlossenen Konjunkturpakets erhielten Eltern einen einmaligen Kinderbonus von 300 Euro je Kind.

ungeeignet, um die Effekte der Corona-Krise auf die Einkommensverteilung zu schätzen.⁶ Aus diesem Grund wird im Folgenden bei der Entwicklung der Einkommensverhältnisse während der Corona-Krise zusätzlich auf eine Erwerbspersonenbefragung zurückgegriffen, die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt wurde. In einer ersten Befragungswelle wurden zwischen dem 3. und 14. April 2020 – also zu Beginn der Pandemie während des weitreichenden Shutdowns – 7.677 Erwerbspersonen ab 16 Jahren in einem computergestützten Online-Interview zu ihrer Haushalts- und Erwerbssituation befragt. Ein Großteil von ihnen (N = 6.309) nahm auch an der zweiten Befragung zwischen dem 18. und 29. Juni teil. Die Stichprobe wurde auf Grundlage eines Online-Access-Panels nach bestimmten Quoten der Merkmale Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung gezogen, sodass die entsprechenden Bevölkerungsgruppen adäquat und repräsentativ für die Erwerbspersonen Deutschlands abgebildet werden.

Ungleichheitsindizes

Um die Einkommensungleichheit in der Bevölkerung zu messen, gibt es mehrere Ansätze, aber das wohl gängigste Maß ist der *Gini-Koeffizient*. Er beschreibt wie gleich oder ungleich Einkommen in der Gesellschaft verteilt sind: Bei einem Wert von 0 würden alle Personen das gleiche Einkommen besitzen und die Einkommen wären somit komplett gleich verteilt. Im Gegensatz dazu, steht ein Gini von 1 für eine völlige Ungleichverteilung der Einkommen, wenn also eine Person das gesamte Einkommen erhalten würde und alle anderen nichts. Damit ist der Gini sehr leicht zu interpretieren. Problematisch ist hier allerdings – wie weiter oben erläutert – dass in den SOEP-Daten mittlere Einkommen im Vergleich zu sehr hohen oder sehr niedrigen Einkommen überrepräsentiert sind. Aus diesem Grund wird den mittleren Einkommen bei der Berechnung mit diesen Daten ein zu großes Gewicht beigemessen und die Einkommensungleichheit somit tendenziell unterschätzt (Spannagel/Molitor 2019).

Um also ein ganzheitlicheres Bild der Einkommensverteilung zu bekommen, ist es ratsam, auch weitere Ungleichheitsmaße hinzuzuziehen. Hierbei eignen sich insbesondere Maße, die sich auf gewisse Punkte in der Verteilung beziehen. Dafür werden häufig Quantilsmaße verwendet, wofür die Bevölkerung zunächst ihrem Einkommen nach aufsteigend sortiert und dann in beispielsweise zwei (Median), vier (Quartile), fünf (Quantile), zehn (Dezi-

le) oder 100 (Perzentile) gleich große Teile eingeteilt wird. Somit kann die Verteilung der Einkommen genauer untersucht und auch den Einkommen am oberen und am unteren Rand der Verteilung Rechnung getragen werden. Die gängigste Maßzahl ist hierbei der Median, er beschreibt das Einkommen, das genau in der Mitte der Verteilung liegt, wenn man die Einkommen ihrer Größe nach sortiert. Somit teilt das Medianeinkommen die Bevölkerung in zwei gleich große Teile ein: jene mit Einkommen über und jene mit Einkommen unter dem Median. Im Jahr 2017 lag das Medianeinkommen des real verfügbaren äquivalenzgewichteten Nettohaushaltseinkommens bei knapp 21.000 Euro. Auch die Einkommensdezile spielen bei der Verteilung des Einkommens eine wichtige Rolle. Das bedeutet, dass damit Aussagen darüber getroffen werden können, über wie viel Einkommen Personen verfügen, die zum Beispiel am 10. Prozentpunkt der Einkommensverteilung liegen. Weiterhin eignen sich Perzentile dazu, Aussagen über die mittleren Einkommen innerhalb der Perzentilgrenze zu treffen, also über wie viel Einkommen die ärmsten 10% oder reichsten 10% der Bevölkerung im Durchschnitt verfügen. Da sie noch genauer die Verteilungen angeben, sind sie insbesondere für Analysen der Entwicklung der Einkommenskonzentration und für Vergleiche über die Zeit interessant.

Zudem gibt es weitere Kennziffern, die die Einkommensungleichheit quantifizieren und sich dabei auf Quantilsmaße beziehen. Beispielsweise können Maße wie der Theil- und der Palma-Index – im Vergleich zum Gini-Koeffizienten – die Einkommensungleichheit an den Rändern besser erfassen. Beim Theil-Index wird das Einkommen immer im Verhältnis zur Gruppengröße gesehen. Ähnlich wie der Gini, nimmt auch der Theil-Index einen Wert von 0 an, wenn alle Gruppen, gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung, das gleiche Einkommen beziehen. Allerdings ist der Wert nach oben nicht beschränkt und verändert sich mit Umverteilungen von arm nach reich und umgekehrt. Er ist umso sensibler, je größer die Differenz zwischen arm und reich ist (Spannagel/Molitor 2019, S. 7; Conceicao/Ferreira 2000, S.13). Der Palma-Index hingegen setzt den Einkommensanteil des obersten Dezils ins Verhältnis zu den unteren vier Dezilen. Wenn das reichste Dezil beispielsweise 30% des Einkommens bezieht und die unteren vier Dezile zusammen nur 10%, so läge der Palma-Index bei drei. Somit gilt auch hier: je höher der Palma-Index, desto größer die Einkommensungleichheit.

Um die Entwicklung der Einkommenskonzentration zu quantifizieren wird häufig auch auf die Einkommens- und Armutsdefinitionen basierend auf dem Median zurückgegriffen. Demnach werden in der Literatur üblicherweise diejenigen Haushalte als einkommensarm definiert, die ein Nettoäquivalenzeinkommen (Infobox 1) von höchstens 60% des Medianeinkommens haben (u.a. Spannagel 2018). Als sehr einkommensarm gelten demnach

⁶ Zwar hätten sich Daten der SOEP-CoV-Studie, die während der Krise seit Anfang April basierend auf dem SOEP Umfragedaten erhebt, bestens dazu geeignet, die Verteilungseffekte der Pandemie zu analysieren. Diese lagen allerdings zum Zeitpunkt des Verfassens des Berichts noch nicht vor.

diejenigen, die weniger als 50% des Medianeinkommens besitzen. Im Gegensatz dazu sind laut dieser Einkommenskonventionen diejenigen reich und sehr reich, die 200% bzw. 300% des Medianeinkommens besitzen.

Abschließend sollte dennoch nicht unerwähnt bleiben, dass diese relativen Einkommenskonzepte häufig kritisiert werden, da sie immer in Relation zu dem Wohlstandsniveau des jeweiligen Landes stehen. Das bedeutet, dass relativ Arme in dem einen Land in anderen Ländern keineswegs als arm gelten würden. Zudem ist es wichtig zu betonen, dass sich generelle Wohlstandssteigerungen in der Bevölkerung nicht ablesen lassen. Es würde sich beispielsweise an den Armutsanteilen nichts ändern, wenn sich die Vermögen aller anteilig glei-

chermaßen änderten, also zum Beispiel allen das Doppelte zur Verfügung stehen würde. Außerdem geben diese Indikatoren keine Auskunft darüber, welche Teilhabechancen arme oder reiche Menschen haben. Zwar gibt es auch in Deutschland eine Gruppe von Personen, die so stark von Armut betroffen ist, dass sie aufgrund von Hunger oder Kälte um ihr Leben fürchten muss, allerdings ist die Gruppe insbesondere im Vergleich zu anderen Ländern sehr klein (Spannagel/Molitor 2019). Zudem gibt es zu dieser Personengruppe in den offiziellen Statistiken und Befragungsdaten kaum Informationen, da sich die Befragungen (fast) ausschließlich an Haushalte mit festem Wohnsitz richten, sodass diese existenzielle Armut im SOEP kaum betrachtet werden kann.



Einkommensdefinitionen

Dieser Bericht bezieht sich beim Einkommen (falls nicht anders erwähnt) immer auf das real verfügbare äquivalenzgewichtete Nettohaushaltseinkommen. Dieses umfasst das Haushaltseinkommen inklusive Transferzahlungen sowie der imputed rent, also dem Einkommensvorteil aus selbstgenutzten Wohnraum, abzüglich Sozialbeiträgen und Steuern und entsprechend der Haushaltgröße gewichtet: Die erste Person erhält demnach ein Gewicht von 1, jede weitere Person ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3. Eine alleinstehende Person mit einem Nettoeinkommen von 2.000 Euro hätte demnach ein Nettoäquivalenzeinkommen von 2.000 Euro. Ein Paar mit einem Kind ab 14 Jahren bei einem Nettohaushaltseinkommen von 2.000 Euro ein Nettoäquivalenzeinkommen von $2.000 \text{ Euro} / (1 + 0,5 + 0,3) = 1.000 \text{ Euro}$ und eine alleinerziehende Person mit 2 Kindern unter 14 Jahren bei einem Haushaltseinkommen von 2.000 Euro ein Nettoäquivalenzeinkommen von $2.000 \text{ Euro} / (1 + 0,3 + 0,3) = 1.250 \text{ Euro}$.

Mittels dieses Ansatzes wird also Bedarf so gewichtet, dass Einkommen zwischen verschiedenen Haushaltskonstellationen miteinander verglichen werden können. Dieses Vorgehen schließt auch Vorteile mit ein, die durch gemeinsames Zusammenwohnen entstehen, zum Beispiel durch eine gemeinsam genutzte Wohnfläche, Internet oder Strom.

Das Einkommen im ersten Teil dieses Berichts, das sich auf das SOEP bezieht, basiert auf der Befragungswelle v35 des SOEPs, die zuletzt im Jahr 2018 durchgeführt wurde. Da das Einkommen immer retrospektiv erfasst wird, stehen mit der aktuellen SOEP-Befragungswelle Einkommensinformationen bis 2017 zur Verfügung.

In der HBS-Erwerbspersonenbefragung wird zwar das aktuelle Individual- und Haushaltseinkommen abgefragt, allerdings nur in relativ groben Kategorien. Zudem wird auf Variablen zurückgegriffen, die erfragen, ob und wenn ja, in welcher Höhe Einkommensverluste aufgetreten sind.

4 EINKOMMSENTWICKLUNG VON 2010 BIS 2017

Bereits frühere WSI-Verteilungsberichte (z. B. Spannagel/ Molitor 2019, Spannagel 2018, Spannagel 2015) zeigten, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland seit den 1990er Jahren stark angestiegen ist. Betrachtet man nun die Entwicklung des Gini-Koeffizienten für Deutschland seit 2010 ist nur ein leichter Anstieg erkennbar. Demnach ist die Einkommensungleichheit von 2010 bis 2013 zwar stetig angestiegen und der Gini-Koeffizient erreicht zu diesem Zeitpunkt sein Maximum von 0,294 (Abb. 1). Seitdem ist der Gini aber wieder leicht gesunken und erreicht für das Jahr 2017 einen Wert von 0,289. Doch trotz dieses Rückgangs zuletzt, lässt der Gini-Wert doch erkennen, dass in Deutschland die Einkommen nicht sonderlich gleich verteilt sind. Im OECD-Vergleich liegt Deutschland damit zwar unter den Gini-Werten beispielsweise der USA (0,39), Großbritanniens (0,366), Italiens (0,334) oder Spaniens (0,333), aber über den einiger seiner Nachbarländer wie Österreich (0,275), Dänemark (0,261) und Tschechien (0,249) (OECD 2020).

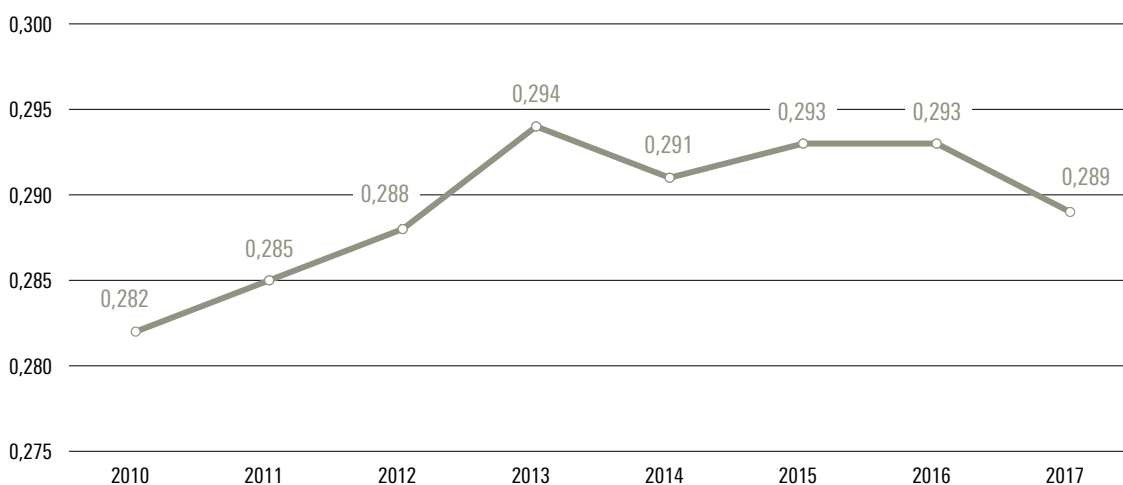
Wie bereits in Kapitel 3 beschrieben, ist der Gini-Koeffizient aber nur bedingt geeignet die Ungleichheit zu messen, da er zum Beispiel keine Aussagen über die Einkommensentwicklung an den Rändern erlaubt. Aus diesem Grund werden zusätzlich der Palma- und der Theil-Index miteinbezogen, die die Einkommensränder stärker im Blick haben (Abb. 2). Der Palma-Index, der den Einkommensanteil des obersten Quantils zu den unteren vier angibt, lag den gesamten Beobachtungszeitraum über dem Wert 1.

Das bedeutet, dass die reichsten 10% der deutschen Haushalte mehr besaßen als die ärmsten 40% zusammen. Bis 2013 stieg der Wert auf knapp 1,08. Im Jahr 2014 sank der Index wieder leicht und lag 2017 nach einem leichten Anstieg wieder bei 1,05. Die Entwicklung des Theil-Index verläuft weitgehend parallel dazu. Auch dieser Index erreicht im Jahr 2013 sein Maximum von 0,165. Im Jahr 2017 entwickeln sich der Theil- und der Palma-Index allerdings leicht auseinander, da der Palma-Index stärker sinkt als der Theil-Index. Sowohl der Gini-Koeffizient als auch der Palma- und der Theil-Index verdeutlichen, dass die Einkommensungleichheit bis 2013 stetig gestiegen ist und seitdem in etwa stagniert.

Detailliertere Aussagen sind mit Blick auf die Entwicklung der verfügbaren Einkommen über die Zeit in verschiedenen Einkommensgruppen möglich (Abb. 3). Hierbei wird der Mittelwert der verfügbaren Nettoäquivalenzeinkommen des Dezils der entsprechenden Jahre jeweils zum mittleren Nettoäquivalenzeinkommen des jeweiligen Dezils im Jahr 2010 ins Verhältnis gesetzt. Die in Abb. 3 abgezeichneten Werte beschreiben somit die Einkommensverteilung der jeweiligen Dezile im Verhältnis zur Situation im Jahr 2010. Während das durchschnittliche Einkommen des obersten Dezils bis 2013 leicht gestiegen ist, ist es im Jahr 2014 leicht gesunken und steigt seitdem kontinuierlich an. Ähnlich verhält sich auch die Einkommensentwicklung des neunten Dezils, da das mittlere Einkommen in diesem Dezil zwischen 2013 und 2016 stetig gestiegen ist.

Abbildung 1

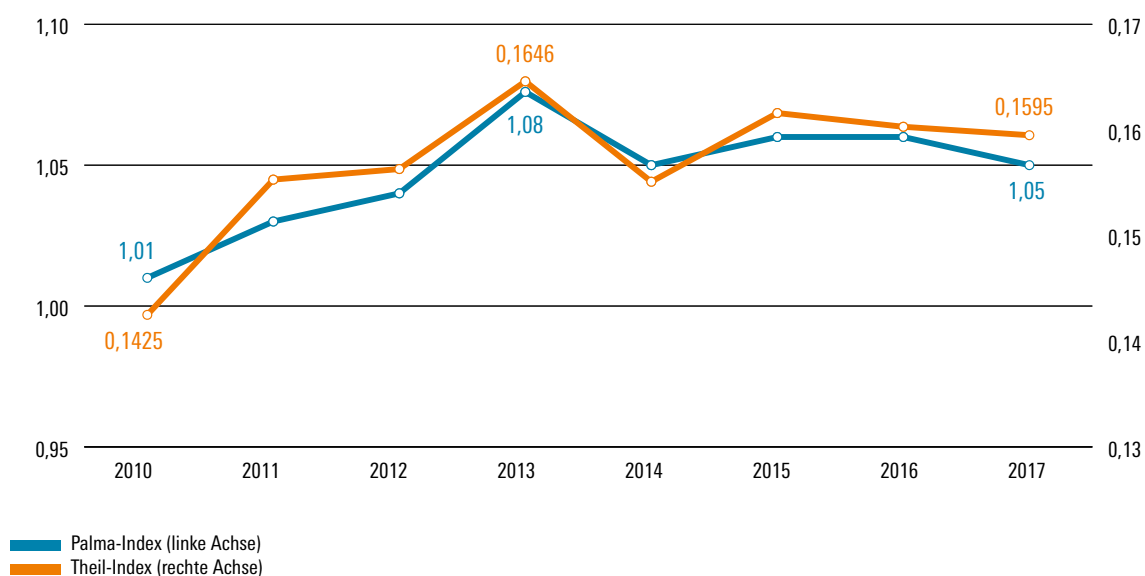
Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2010–2017



Quelle: SOEP v35; eigene Berechnungen

WSI

Palma- und Theil-Index der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2010–2017



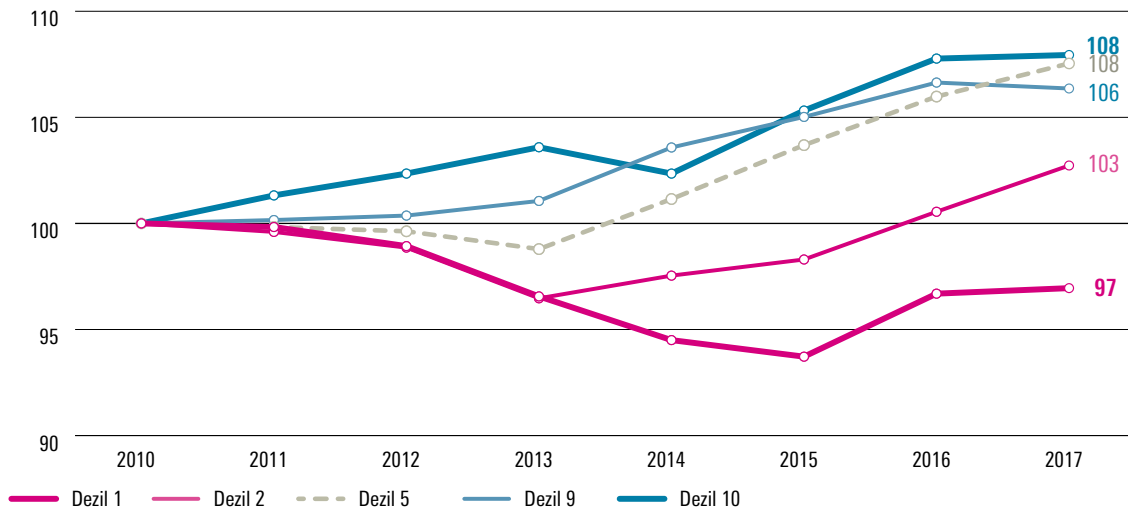
WSI

Sowohl für das neunte als auch für das zehnte Dezil lässt sich aber für 2017 beobachten, dass die Einkommen nicht bzw. nur leicht angestiegen sind. Besonders bemerkenswert ist aber die Entwicklung der mittleren Einkommen des fünften Dezils: Während sie bis 2013 leicht absanken, stiegen sie seit 2013 kontinuierlich an und lagen 2017 deutlich über dem mittleren Einkommen von 2010. Hingegen sind die mittleren Einkommen des ersten und zweiten Dezils zwischen 2010 und 2013 gesunken. Anschließend sind die durchschnittlichen Einkommen des zweiten Dezils wieder angestiegen und lagen 2017 etwas über dem von 2010. Das durchschnittliche Einkommen des ersten Dezils jedoch sank weiter und erreichte 2015 mit 94% des Einkommens von 2010 seinen Tiefpunkt und lag aber auch 2017 noch unter dem durchschnittlichen Einkommen von 2010. Für die reichsten Dezile sind somit eher Anstiege zu verzeichnen – ähnlich für durchschnittliche Einkommen. Die Einkommen der Ärmsten liegen im Jahr 2017 jedoch insgesamt kaum höher (2. Dezil) bzw. sogar niedriger (1. Dezil) als im Jahr 2010.

Damit lassen sich im Hinblick auf die Indizes und die Entwicklungen der einzelnen Einkommensdezile folgende drei Aspekte festhalten: Erstens ist der Anstieg des Gini-Koeffizienten bis 2013 vor allem durch das 10. Dezil zu erklären, da die Einkommen am oberen Ende der Verteilung bis 2013 stärker gestiegen sind als für andere. Zweitens ist der leichte Rückgang der Einkommensungleichheit im Jahr 2017 (vgl. Abb. 1 und 2) auf einen relativ starken Anstieg der mittleren Einkommen im Vergleich zu den hohen Einkommen zurückzuführen. Drittens haben im Jahr 2017 bis auf das ärmste Dezil alle Einkommensgruppen höhere Einkommen als 2010. Die Haushalte am unteren Ende der Einkommensverteilung konnten folglich nicht so stark bzw. gar nicht von der positiven Einkommensentwicklung profitieren wie die restlichen Haushalte. Dieser Befund belegt auch, dass die Einführung des Mindestlohns und andere Maßnahmen nicht ausreichend waren, um in diesem Dezil eine längerfristige positive Einkommensentwicklung zu erreichen (z. B. Burauel et al. 2018).

Mittelwert der real verfügbaren äquivalenzgewichteten Nettohaushaltseinkommen nach Einkommensdezilen, 2010–2017

Angaben in Prozent, normiert auf das Jahr 2010 = 100



Quelle: SOEP v35; eigene Berechnungen

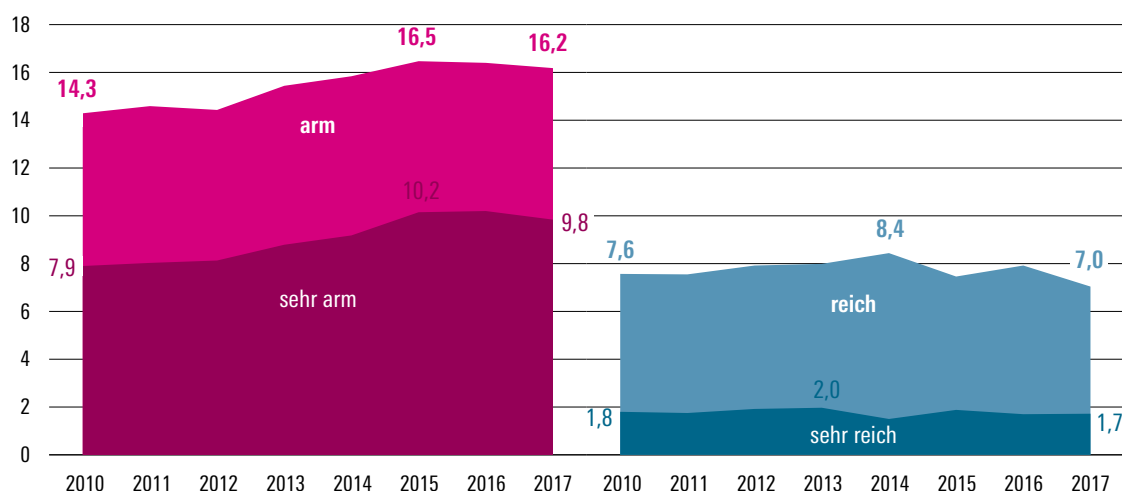
WSI

Letzteres bestätigt sich beim Blick auf die Einkommensarmut und den Einkommensreichtum zwischen 2010 und 2017 (Abb. 4). Seit 2012 ist der Anteil der Bevölkerung, der arm ist, also weniger als 60% des Medianeinkommens zur Verfügung hat, von 14% auf 16% im Jahr 2017 gestiegen. Auch der Anteil der sehr einkommensarmen Bevölkerung (bis zu 50% des Medianeinkommens) ist im gleichen Zeitraum um zwei Prozentpunkte auf 10% angestiegen – auf diesem Niveau ein erheblicher Anstieg. Allerdings ist der Anteil der einkommensreichen Bevölkerung mit einem Rückgang um einen Prozentpunkt auf 7% leicht gesunken, dies lässt sich womöglich dadurch erklären, dass in diesem Zeitraum auch die mittleren Einkommen angestiegen sind (vgl. Abb. 3). Der Anteil der sehr einkommensreichen Haushalte hingegen bleibt über den gesamten Zeitraum hinweg sehr konstant bei 2%.

Neben der reinen Entwicklung der Einkommensungleichheit stellt sich auch die Frage, welche Gruppen besonders häufig einkommensarm oder einkommensreich sind. Aus diesem Grund wird in Tabelle 1 das Sozialprofil der armen bzw. reichen Haushalte im Vergleich zur Gesamtbevölkerung aufgezeigt. Dabei offenbart sich zunächst, dass 23,4% der einkommensarmen Haushalte in Ostdeutschland und 76,6% in Westdeutschland leben. Umgekehrt wohnen aber nur 6,5% der reichen Haushalte in Ostdeutschland und 93,5% im Westen des Landes. Setzt man diese Zahlen mit der Gesamtbevölkerung ins Verhältnis, verdeutlicht sich, dass in Ostdeutschland arme Haushalte über- und reiche Haushalte unterrepräsentiert sind. Das bedeutet, dass ostdeutsche Haushalte zumindest relativ häufiger von Armut betroffen sind und relativ seltener reich sind.

Einkommensarmut und Einkommensreichtum, 2010–2017

Angaben in Prozent



Quelle: SOEP v35; eigene Berechnungen

WSI

Hinsichtlich des Erwerbsstatus lassen sich klare Zusammenhänge beobachten. Wenig überraschend machen arbeitslose Personen knapp ein Viertel der einkommensarmen Bevölkerung aus, obwohl nur 5,2% der Bevölkerung arbeitslos sind. Im Gegensatz dazu sind 19,6% der reichen Bevölkerung selbstständig, während sie nur 5,9% der deutschen Bevölkerung insgesamt ausmachen. Zudem sind Beamte und Angestellte unter der reichen Bevölkerung eher überrepräsentiert, während Arbeiter*innen und Rentner*innen⁷ unter den Einkommensarmen deutlich stärker vertreten. Außerdem lässt sich feststellen, dass Hochschulabsolventen unter den Einkommensreichen deutlich überrepräsentiert sind.

Weiterhin zeigen sich deutliche Unterschiede bei den Haushaltstypen: Alleinerziehende sind wie Singles – gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung (4,3% bzw. 21,4%) – unter den Einkommensarmen mit 12,0% bzw. 33,9% deutlich überrepräsentiert. Des Weiteren besteht mehr als jeder zweite einkommensreiche Haushalt aus einem Paar ohne Kinder, obwohl dieser Haushaltstyp nur ein Drittel aller Haushalte ausmacht.

Zudem weisen die Ergebnisse darauf hin, dass ein Migrationshintergrund eng mit der Wahr-

rscheinlichkeit zusammenhängt, arm oder reich zu sein. So haben 83,3% der Einkommensreichen keinen Migrationshintergrund, obwohl sie nur 75,9% der Bevölkerung ausmachen. Hingegen sind Personen mit einem Migrationshintergrund (eigener oder der Eltern) – in Relation zu ihrem Anteil an der Bevölkerung – häufiger arm. Zudem zeigt sich, dass das Armutsrisiko noch größer ist, wenn man selbst migriert ist, als wenn die Eltern migriert sind.

Somit lässt sich zusammenfassend festhalten, dass in Deutschland die Einkommen – insbesondere an den Rändern – ungleich verteilt sind. Zwar ist die Einkommensungleichheit in den letzten Jahren wieder leicht zurückgegangen, dies ist aber zum großen Teil auf steigende Einkommen in der Mitte der Verteilung zurückzuführen; die untersten Einkommensgruppen hingegen konnten von diesem Anstieg kaum profitieren. Insbesondere Ostdeutsche, Arbeitslose, Personen ohne Hochschulabschluss, Alleinerziehende und Singles sowie Personen mit Migrationshintergrund waren 2017 am häufigsten von Einkommensarmut betroffen. An dieser Stelle muss einschränkend erwähnt werden, dass es wünschenswert gewesen wäre auf aktuelle Daten zur Einkommensverteilung zurückzugreifen, die den Zustand vor Ausbruch der Corona-Krise adäquat wiedergeben. Leider liegen zum Zeitpunkt des Verfassens des Berichts keine aktuelleren Daten vor. Daher fehlen die Jahre 2018 und 2019 bei der hier skizzierten Einkommensentwicklung, allerdings gibt es wenig Grund zur Annahme, warum sich die Einkommensungleichheit zwischen 2017 und 2019 deutlich verändert haben sollte, sodass die oben dargestellten Befunde nicht auch in dieser Zeit auftraten.

⁷ Erwartungsgemäß verfügen Rentner*innen über geringere Einkommen, allerdings können sie häufiger auf Ersparnisse zurückgreifen als Personen jüngerer Altersgruppen (Bundesbank 2019). Jedoch führen geringe Einkommen während des Erwerbslebens neben geringen Renten auch dazu, dass Personen weniger Einkommen ansparen können. Damit ist Altersarmut meist die Folge geringer Erwerbseinkommen (Blank 2017; Tiefensee 2017).

Sozialprofil der Einkommensarmen und -reichen und der Gesamtbevölkerung in Deutschland 2017¹

Sozialprofil der Haushalte, deren Nettoäquivalenzeinkommen 2017 unter 60 % (arm, linke Spalte) bzw. über 200 % (reich, mittlere Spalte) des Medianeinkommens lag im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (rechte Spalte).

Dimension	Anteil in Prozent ²		
	arm	reich	Gesamtbevölkerung
...nach Region			
Ost	23,4	6,5	17,2
West	76,6	93,5	82,8
...nach beruflicher Stellung			
Selbstständige*r	2,6	19,6	5,9
Beamte*r	0,4	9,0	3,9
Angestellte*r	24,7	51,2	41,9
Arbeiter*in	16,4	2,2	13,6
Rentner*in	31,9	17,0	29,5
Arbeitslose*r	24,0	1,0	5,2
...nach Hochschulabschluss			
Kein Hochschulabschluss	88,9	41,1	77,4
Universität	11,1	58,9	22,6
...nach Haushaltstyp			
Single	33,9	13,9	21,4
Paar ohne unterhaltsberechtigzte Kinder	19,4	50,5	31,3
Alleinerziehende	12,0	0,7	4,3
Paar mit Kind	23,0	21,2	27,5
Sonstige	11,7	13,6	15,5
...nach Migrationshintergrund			
Kein Migrationshintergrund	57,9	83,3	75,9
Migrationshintergrund der Eltern	15,9	7,0	9,9
Eigener Migrationshintergrund	26,2	9,7	14,1

Lesebeispiel: 2,6% der einkommensarmen Haushalte haben einen selbstständigen Haushaltsvorstand, bei den Reichen sind es 19,6%, in der Gesamtbevölkerung sind es 5,9%

¹Angaben beziehen sich auf den Haushaltsvorstand.

Quelle: SOEP v35, Welle 2018; eigene Berechnungen

5 UNGLEICHHEITSENTWICKLUNGEN WÄHREND DER CORONA-KRISE

Im Folgenden werfen wir einen Blick auf die jüngsten Entwicklungen der sozialen Ungleichheit in Deutschland im Jahr 2020, welche massiv durch die Corona-Pandemie geprägt sind. Dazu ziehen wir die Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung heran. Um Aussagen über die jüngste Entwicklung sozialer Ungleichheit tätigen zu können werden wir in diesem Abschnitt betrachten, wer finanziell besonders von der Corona-Krise betroffen ist und Verluste beim Haushaltseinkommen hinnehmen musste. Dazu werden wir in einem ersten Schritt analysieren, wer besonders *häufig* von Einkommenseinbußen betroffen ist. Im zweiten Schritt betrachten wir dann, wer besonders *hohe* Haushaltseinkommenseinbußen zu verzeichnen hatte, also besonders hart von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie betroffen ist.

Wer hat besonders häufig Einkommensverluste?

Zur Beantwortung der ersten Frage, orientieren wir uns an den Analysen von Hövermann und Kohlrausch (2020), die Einkommenseinbußen mit den hier ebenfalls verwendeten Daten analysierten. Anders als Hövermann und Kohlrausch (2020), die hierfür das Individualeinkommen der Befragten zugrunde legten, werden wir im Folgenden jedoch auf das Haushaltseinkommen fokussieren (vgl. Tab.

A1 im Anhang). Es zeigt sich, dass knapp ein Drittel aller befragten Erwerbspersonen in Deutschland (31,8%) im Juni 2020 angab, Einbußen beim Haushaltseinkommen während der Corona-Pandemie verzeichnet zu haben. Dies lässt auf eine weite Verbreitung von Verlusten in der Bevölkerung schließen. Detailliertere Analysen anhand statistischer Regressionen zeigen jedoch, dass diese keineswegs gleichmäßig in der Bevölkerung verteilt sind, sondern vielmehr bestimmte Gruppen besonders häufig treffen.

Hier fällt vor allem das Einkommen auf: Befragte, die im Juni angaben, niedrige Einkommen zu haben, erlitten bedeutend häufiger Einkommenseinbußen als Befragte mit höherem Haushaltseinkommen (Abb. 5).⁸ Dieser Zusammenhang bleibt auch dann bestehen, wenn in den Regressionen weitere Erklärungsfaktoren konstant gehalten werden. Bei gleichem Alter, Geschlecht, Bildungsstand oder zahlreicher weiterer Faktoren haben Befragte mit niedrigeren Einkommen deutlich häufiger Einbußen hinnehmen müssen als Befragte mit ursprünglich höheren Einkommen.

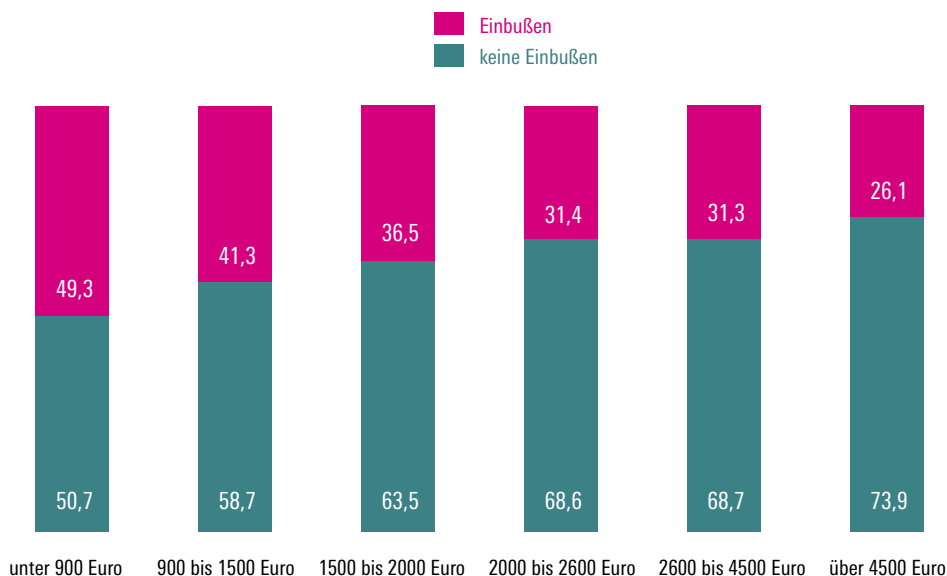
Der Abbildung und dem linearen Effekt ist jedoch ebenfalls zu entnehmen, dass in etwa jede*r dritte Befragte mit mittleren Einkommen (1.500 Euro bis 4.500 Euro) Einbußen hinnehmen musste.

⁸ In einer früheren Version des Berichts hieß es „bereits vor der Krise“. Die Einteilung in die Einkommensklassen in Abb. 5 beziehen sich aber auf Einkommensangaben aus der 2. Befragungswelle.

Abbildung 5

Haushalte mit und ohne Einkommenseinbußen durch Corona, nach Höhe des monatlichen Nettoeinkommens

Ein- und Mehrpersonenhaushalte, Anteile in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung, Welle 2; N = 5184; Gewichtung nach Welle 2

Damit hatte diese Einkommensgruppe seltener Einbußen als Befragte mit niedrigen Einkommen, die mit 41% (900 Euro – 1.500 Euro) bzw. 49% (bis 900 Euro) deutlich häufiger Einbußen hatten. Allerdings verdeutlicht sich auch, dass Befragte mit mittleren Einkommen häufiger von der Krise betroffen waren als Befragte mit hohem Einkommen, denn nur eine*r von vier Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 4.500 Euro erlitt durch die Krise einen Einkommenseinbruch.

Befragte mit atypischen oder prekären Arbeitsverhältnissen – etwa als Leiharbeiter*innen oder Minijobber*innen – haben ebenfalls häufiger Einkommen einbüßen müssen als stabil Beschäftigte. Zudem zeigt sich, dass insbesondere Selbstständige und Freiberufler*innen Einbußen hinnehmen mussten, während dies für Beamt*innen äußerst selten der Fall war. Ebenso sind es insbesondere Erwerbstätige im Gastgewerbe, die besonders häufig Einbußen hatten (vgl. Hövermann/Kohlrausch 2020).

Regional lässt sich eine Differenz zwischen Befragten in ostdeutschen und in westdeutschen Bundesländern aufweisen, insofern als Befragte in westdeutschen Bundesländern häufiger Einbußen hinzunehmen hatten. Wesentlich markanter sind jedoch zwei andere Faktoren: Eltern mit Kindern oder Jugendlichen im Haushalt sowie Befragte mit Migrationshintergrund berichten häufiger von Einbußen beim Haushaltseinkommen. Hier ist wichtig zu betonen, dass diese Differenzen nicht auf eine etwaige besonders starke Verbreitung dieser

Gruppen in besonders stark betroffenen Branchen, Einkommensgruppen oder Beschäftigungsverhältnissen zurückzuführen sind, sondern fortbestehen, wenn diese Faktoren konstant gehalten werden. In anderen Worten äußern Eltern und Personen mit Migrationshintergrund bei gleichem Einkommen, Bildungsstand oder Beschäftigungsverhältnis häufiger Einbußen als Befragte ohne Kinder oder ohne Migrationshintergrund. Während ersteres aller Wahrscheinlichkeit nach auf den durch die Schul- und Kitaschließungen entstandenen Betreuungsgap zurückzuführen ist, lässt letzteres auf Diskriminierungsprozesse schließen (ebd.).

Betrachten wir diese Befunde unter dem Gesichtspunkt von Ungleichheitsentwicklungen, so deutet sich hier an, dass sich bereits bestehende Ungleichheiten weiter verstärken werden. Mit prekär Beschäftigten, Personen mit niedrigerem Einkommen oder Personen mit Migrationshintergrund sind insbesondere diejenigen Gruppen besonders häufig betroffen, die ohnehin benachteiligt sind.

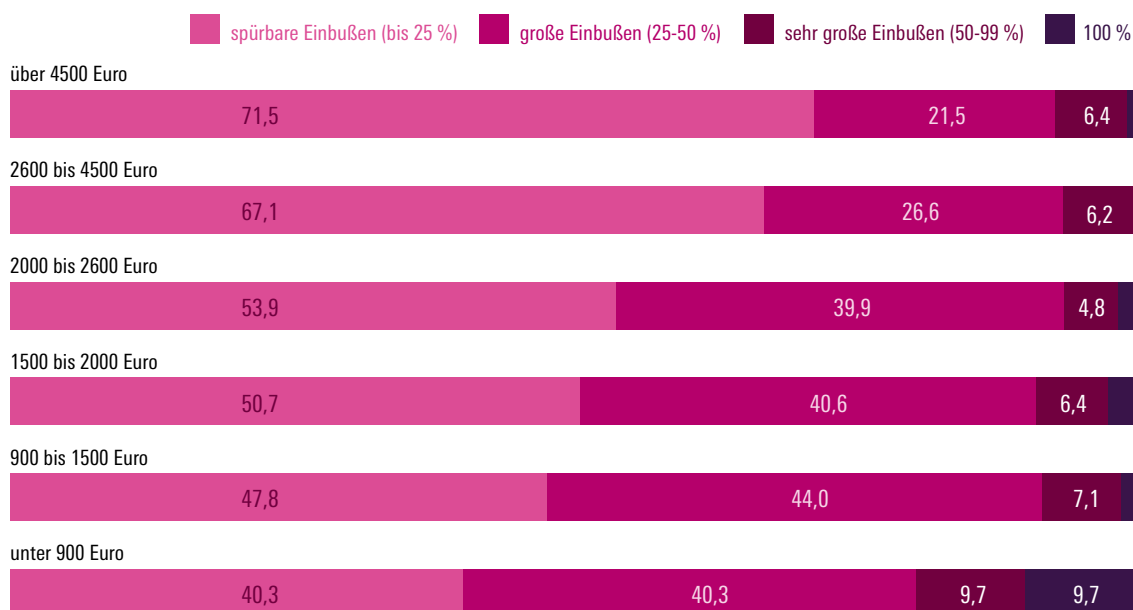
Wer hat besonders große Einkommensverluste?

Aufbauend auf den zuvor dargestellten Befunden zu den Erwerbspersonengruppen, die besonders häufig Einbußen hinzunehmen hatten, wird in diesem Schritt analysiert, welche Gruppen besonders hart von Verlusten getroffen wurden und einen besonders hohen prozentualen Anteil ihres Haushaltseinkommens einbüßen musste.

Abbildung 6

Haushalte mit Einkommenseinbußen durch Corona, nach Höhe der Einbußen und monatlichem Nettoeinkommen

Mehrpersonenhaushalte, Anteile in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung, Welle 2; N = 1614; Gewichtung nach Welle 2

Konkret betrachten wir hierzu die in der HBS-Erwerbspersonenbefragung erhobene Frage nach der Höhe der finanziellen Einbußen auf Haushaltsebene sind. Allerdings wurde diese Frage nicht an alleinstehende Personen gestellt, sodass diese nicht in den folgenden Analysen berücksichtigt werden konnten. Dementsprechend verringert sich die Fallzahl auf 1851 Befragte mit Einbußen, von denen die Höhe der Einbußen wie folgt angegeben wurde: 61% gaben Einbußen des Haushaltseinkommens bis zu 25% an, 31% „zwischen 25-50%“, 7% „zwischen 50 und 99%“ und 1% gab an, dass das komplette Haushaltseinkommen verloren wurde.

Die folgenden Regressionsmodelle ermöglichen verschiedene Einflussfaktoren statistisch zu kontrollieren und potenzielle Scheinzusammenhänge weitgehend aufzudecken. Die Befunde der verschiedenen Modelle ergeben ein eindeutiges Bild (vgl. Tabelle A2 im Anhang). Erneut sticht der durchgehend sehr relevante Effekt des niedrigen Haushaltseinkommens ins Auge – Befragte mit niedrigeren Haushaltseinkommen zeigen häufiger bedeutende Einbußen ihres ohnehin schon geringeren Einkommens.

Außerdem sind es insbesondere jüngere Befragte, die höhere Einbußen hinnehmen mussten. Weitere demografische Faktoren wie das Geschlecht, der Migrationshintergrund oder ob die Befragten Eltern sind, spielen hier jedoch keine Rolle. Gleiches gilt für regionale Faktoren, wie beispielsweise der Differenzierung nach Ost- und Westdeutschland. Ein Faktor, der bislang in den obigen Analysen noch nicht auffiel, ist die Gemeindegröße, die sich hier durchgehend als relevant erweist: je größer die Gemeinde/Stadt, in der die Befragten leben, desto höher die erlittenen Einbußen.

Des Weiteren zeigen sich folgende Merkmale als bedeutend: Es sind insbesondere Selbstständige und Freiberufler*innen, die mit hohen Einbußen auffallen. Zudem sind es vor allem Befragte im Gastgewerbe, die nicht nur besonders häufig, sondern auch besonders ausgeprägte Einbußen hinnehmen mussten. Schließlich zeigen sich Befragte in verschiedenen atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen (nicht-sozialversicherungspflichtig, befristet, bei Leih-/Zeitarbeitsfirma, Werkvertrag) als durchgehend ausgeprägter von Einbußen betroffen, während Befragte in mitbestimmten Betrieben mit Betriebsrat geringere Einbußen hinzunehmen hatten.

Fasst man nun abschließend die dargestellten Befunde zu den aktuellen Entwicklungen zusammen, erscheint ein relativ einheitliches Bild der besonders starken Belastung vor allem derjenigen Gruppen, die ohnehin benachteiligt sind. Hier ist vor allem herauszustellen, dass Personen mit ohnehin niedrigen Einkommen nicht nur besonders häufig, sondern auch besonders hart von der Krise getroffen wurden, wie auch noch einmal in Abb. 6 deutlich wird. Dies könnte weiter fortschreitende Ungleichheitsprozesse insbesondere bezüglich der

Vermögensverteilung zur Folge haben, denn während die bereits Bessergestellten über die Krise hinweg kaum Einbußen haben und sich somit durch die Krise wohl nur selten verschulden, verschärft sich die Situation bei Personen im unteren Einkommensdezil, die bereits vor der Krise eine negative Sparquote aufwiesen (Späth/Schmid 2016).

Ein wesentlicher Grund für hohe Einkommenseinbußen während der Krise ist die Kurzarbeit. Im April lag der Anteil der Personen, die in Kurzarbeit waren, mit 18% (ca. 6 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) deutlich über dem vorherigen Allzeithoch von 1,5 Millionen Kurzarbeitenden oder 5,5% der Beschäftigten (Pusch/Seifert 2020). Dabei zeigt sich, dass auch hier vor allem Personen in den geringeren Einkommensgruppen deutlich häufiger von Kurzarbeit betroffen sind (Abb. 7). Denn insbesondere Befragte mit Nettoeinkommen bis 1.700 Euro berichten häufig von Kurzarbeit, gefolgt von Befragten mit Nettoeinkommen bis 3.200 Euro. Befragte, die noch höhere Nettoeinkommen aufweisen, beziehen deutlich seltener Kurzarbeitsgeld.

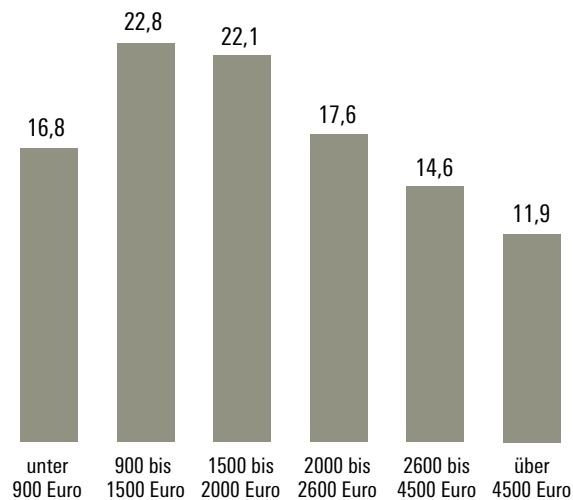
Dieser Zusammenhang zwischen Kurzarbeit und persönlichem Nettoeinkommen lässt sich vor allem verstehen, wenn man vergleicht, welche Betriebe und Branchen von Kurzarbeit betroffen sind. Auf Basis der HBS-Erwerbspersonenbefragung verdeutlichen die Ergebnisse von Pusch und Seifert (2020), dass insbesondere Befragte in kleinen oder Kleinstbetrieben häufig in Kurzarbeit gingen. Weiterhin zeigen die Autoren, dass Befragte aus dem Gastgewerbe besonders häufig – konkret fast die Hälfte der dort beschäftigten Befragten – angaben, Kurzarbeitsgeld beantragt zu haben. Auch Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe sowie im Verkehr- und Logistik-Sektor waren überdurchschnittlich häufig in Kurzarbeit. Kaum von Kurzarbeit betroffen waren demnach Beschäftigte im öffentlichen Dienst oder im Finanz- und Versicherungsdienstleistungssektor. Somit traf die Krise insbesondere die Betriebe und Sektoren, die bereits vorher unterdurchschnittliche Löhne hatten (Statistisches Bundesamt 2020; Frodermann et al. 2018). Damit verdeutlichen die Ergebnisse, dass die Kurzarbeit, die ein geeignetes Mittel ist, Arbeitslosigkeit in Krisenphasen abzuwenden, vor allem diejenigen trifft, die davor bereits sehr niedrige Einkommen bezogen. Zwar ist das Kurzarbeitsgeld – außer bei Kurzarbeit Null – höher als das Arbeitslosengeld (Pusch und Seifert, 2020), dennoch können Einkommenseinbußen von mindestens 25% gerade bei dieser Gruppe bedeuten, dass ihr Einkommen unterhalb des Existenzminimums liegt. Dies ist ein Hinweis darauf, dass das Kurzarbeitergeld für niedrigere Einkommensgruppen zu gering ist.

Was bedeuten diese Ergebnisse also für die zukünftige Einkommensentwicklung? Zum letzten Zeitpunkt vor der Krise war zu erkennen, dass insbesondere die mittleren Einkommen Zuwächse erfuhren, während die unteren Einkommen kaum

vom Aufschwung profitierten. Letzteres scheint sich im Verlauf der Krise weiter zu verstärken, was sich daran erkennen lässt, dass die unteren Einkommensgruppen am häufigsten von Einbußen betroffen sind. Weiterhin scheint sich der positive Trend der mittleren Einkommen⁹, vor allem im Vergleich zu den höheren Einkommensgruppen nicht fortzusetzen. In Bezug auf die niedrigen Einkommen hingegen ist zu erwarten, dass der Effekt sich noch weiter verstärkt, da insbesondere niedrige Einkommensgruppen nicht nur häufiger, sondern auch (relativ) größere Einbrüche erfuhren. Im Anbetracht der Tatsache, dass die meisten Einkommenseinbußen wohl auf das Kurzarbeitsgeld zurückzuführen sind, ist der zukünftige Effekt an dieser Stelle allerdings nicht ganz klar. Entweder verstärkt sich der Effekt weiter, wenn die Beschäftigten in Zukunft ihren Arbeitsplatz verlieren, oder er ist nur kurzfristig, falls die Beschäftigten danach wieder in ihre Vollzeiterwerbstätigkeit zurückgehen. Zumindest kurzfristig aber lässt sich die positive Einkommensentwicklung der mittleren Einkommensgruppen von vor der Krise so nicht mehr beobachten. Einschränkend für diese Analyse ist allerdings darauf hinzuweisen, dass Einbußen nur einen Teil der Gesamteinkommensentwicklung darstellen. Unklar ist beispielsweise, wie viele Befragte Einkommensanstiege zu verzeichnen hatten, die zwar in der Krise seltener zu erwarten sind, aber dennoch zu dem Gesamtbild der Einkommensentwicklung in den Einkommensgruppen beitragen.

Abbildung 7

**Beschäftigte in Kurzarbeit,
nach Höhe des individuellen Nettoeinkommens**
Anteil in Prozent



Quelle: Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung, Wellen 1 und 2; N = 5371; Gewichtung nach Welle 2



⁹ Die mittleren Einkommen im 5. Dezil im Jahr 2017 lagen laut SOEP bei rund 19.700 Euro im Jahr, somit bei knapp 1.650 Euro im Monat. Damit wären die mittleren Einkommen in der Kategorie 1.500 Euro bis 1.700 Euro einzuordnen. Allerdings sind die Werte aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung und dem SOEP nur bedingt vergleichbar, da es sich in der HSB-Befragung um das Haushaltsnettoeinkommen handelt und bei den Angaben aus dem SOEP um das real verfügbare Nettoäquivalenzeinkommen.

6 DISKUSSION UND FAZIT

Der vorliegende Bericht hat zunächst gezeigt, dass die Einkommen in Deutschland bereits vor der Krise ungleich verteilt waren. Zwar war in den letzten Jahren ein leichter Rückgang hinsichtlich des Gini-, Theil-, und Palma-Index bei der Einkommensungleichheit zu beobachten, dieser ist aber vor allem auf einen Anstieg der mittleren Einkommensgruppen zurückzuführen. Die Einkommen des untersten Dezils blieben 2017 noch unter denen von 2010 und auch die Einkommen des zweiten Dezils sind in diesem Zeitraum weniger stark gestiegen als die der oberen Einkommensgruppen. Der Vergleich der Sozialprofile der Einkommensarmen bzw. -reichen im Jahr 2017 verdeutlicht, dass insbesondere Arbeitslose, Personen ohne Hochschulabschluss, Singles und Alleinerziehende sowie Erwerbspersonen mit Migrationsbiografie deutlich häufiger von Einkommensarmut betroffen waren. Hingegen sind Selbstständige, Angestellte und Paare ohne Kinder deutlich häufiger einkommensreich als der Durchschnitt.

Weiterhin aber verdeutlicht dieser Verteilungsbericht, dass die Corona-Krise nicht alle Gruppen gleichermaßen getroffen hat: Insbesondere Personen, die bereits vor der Krise ein höheres Armutsrisiko hatten, hatten durch die Krise häufiger Einkommenseinbußen. Im Gegensatz dazu sind Beschäftigte mit hohem Einkommen weniger von der Krise betroffen. Somit ist auf Basis dieser Entwicklung anzunehmen, dass die Ungleichheit der Einkommen durch die Krise weiter zunehmen wird. Das bedeutet auch, dass insbesondere den sehr einkommensschwachen Gruppen während der Krise wohl noch weniger Einkommen zur Verfügung stehen wird. Zudem deutet sich an, dass auch die mittleren Einkommensgruppen, die vor der Krise stärkere Einkommenszuwächse verzeichnen konnten, diese durch die Krise zumindest teilweise wieder einbüßen müssen.

Diese Entwicklung der Einkommen wird sich wohl auch in der Verteilung der Vermögen widerspiegeln. Bereits heute sind Vermögen wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen, da das reichste Prozent der Bevölkerung 35% des Gesamtvermögens besitzt. Dieses Vermögen stammt größtenteils (40%) aus Betriebsvermögen und aus nicht-selbstgenutzten Immobilien (25%) und wird somit in ertragssteigernde Anlagen wie in Vermietung und Unternehmen investiert (Schröder et al. 2020). Aktuelle Untersuchungen weisen darauf hin, dass das Vermögen der Superreichen nach einem kurzen Einbruch zu Beginn der Krise weiter gestiegen ist, da durch die Krise das Vermögen in der Gesundheits- und der Tech-Branche überproportional stark angestiegen ist (UBS/PwC 2020). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie der Allianz, die davon spricht, dass das Vermögen „immun“ gegen die Krise sei (Allianz 2020). Nicht profitieren von dieser positiven Entwicklung auf den Finanz-

märkten können vor allem Personen, die kein Vermögen besitzen oder sogar verschuldet sind. Dabei handelt es sich überproportional häufig um Personen mit Migrationshintergrund und Arbeiter*Innen (Schröder et al. 2020), also um die Personen, die durch die Krise besonders starke Einkommensverluste zu verzeichnen hatten. Somit scheinen sich die Ungleichheitsentwicklungen, die beim Einkommen zu beobachten sind, beim Vermögen noch weiter zu verstärken.

Um diese Entwicklung soweit wie möglich abzufedern und um zu verhindern, dass die Lücke zwischen arm und reich weiter auseinanderklafft, gilt es politisch dort anzusetzen, wo diese Ungleichheiten entstehen. Dabei lassen sich diese Maßnahmen in zwei Kategorien unterteilen: Kurzfristige Maßnahmen, die die Einkommenseinbrüche der benachteiligten Gruppen während der Krise abfedern sollen, und langfristige Maßnahmen, die den langfristigen Rückgang der Einkommens- und Vermögensungleichheit fördern.

Zu den kurzfristigen Schritten, um die Folgen der Corona-Krise auf die Einkommensarmut abzufangen, zählen:

- 1 Anhebung des Kurzarbeitsgeldes:** Das Kurzarbeitsgeld entspricht in den ersten drei Monaten maximal 60% bzw. 67% für Beschäftigte mit mindestens einem Kind.¹⁰ Insbesondere bei Beschäftigten im Niedriglohnssektor können diese Einkommenseinbußen drastische Folgen haben, da ihre Einkommen damit unter dem Existenzminimum liegen. Aus diesem Grund sollte hier zusätzlich zu den gesetzlichen Regelungen zur Aufstockung des Kurzarbeitsgeldes ein Mindest-Kurzarbeitsgeld definiert werden, das die Existenz auch während der Krise sichert. Dieses Mindest-Kurzarbeitsgeld sollte sich wie zum Beispiel in Frankreich am Mindestlohn orientieren und sollte somit die Grenze von 1.200 Euro nicht unterschreiten (Bispinck/Schulten 2020).
- 2 Gewährleistung institutioneller Kinderbetreuung:** Die Einschränkung der institutionellen Kinderbetreuung insbesondere zu Beginn der Krise hat verdeutlicht, dass insbesondere die Beschäftigten, die keine Möglichkeiten haben im Homeoffice zu arbeiten, ihre Arbeitszeit reduzieren mussten, um ihre Kinder betreuen zu können. Da insbesondere geringqualifizierte nur selten von zu Hause aus arbeiten können, muss die institutionelle Kinderbetreuung gewährleistet sein, damit gerade diese Eltern ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Darüber hinaus bedarf es einer Kompensation der Einkommenseinbußen von Familien, insbesondere in den niedrigeren Ein-

¹⁰ Ab dem vierten Monat steigt es dann auf 70% bzw. 77% und ab dem siebten Monat auf 80% bzw. 87% an.

kommensgruppen. Ein denkbare Instrument wäre die erneute Auszahlung eines erhöhten Kinderbonus. Da dieser mit dem Kinderfreibetrag verrechnet wird, käme dieser vor allem unteren und mittleren Einkommen zugute.

- 3 Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten:** Durch die Krise hat die Digitalisierung einen großen Schub erfahren, sodass sich auch langfristig die Nachfrage nach einzelnen Jobs ändern wird. Insbesondere Tätigkeiten geringqualifizierter Beschäftigter könnten damit langfristig verloren gehen¹¹. Hierbei kommt insbesondere das Arbeit-von-morgen-Gesetz bzw. das Qualifizierungschancengesetz zum Tragen, das Betrieben in Kurzarbeit durch eine (zumindest teilweise) Übernahme der Weiterbildungskosten die Qualifizierung der Beschäftigten erleichtert. Allerdings gilt es hier die Voraussetzungen zeitweise anzupassen, um das Potenzial der Weiterbildung während der Kurzarbeit besser auszuschöpfen zu können. Denkbar sind hier zum Beispiel auch höhere Qualifikationen also zum Beispiel den Meister oder Techniker oder weitere nicht nach §82 SGB III geförderten Maßnahmen zu berücksichtigen.
- 4 Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes:** Die aktuellen Regelsätze des ALG II (Hartz IV) sind in der jetzigen Ausgestaltung nicht armutsfest. Es empfiehlt sich daher eine sofortige Erhöhung der Regelsätze auf ein bedarfsgerechtes Niveau unter einer dauerhaften Anhebung der Vermögensfreibeträge.
- 5 Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I:** Mit einer Verlängerung der Bezugsdauer der ALG I über das Jahr 2020 hinaus bis zum Ende der Krise könnten jene vor weiteren Einkommensverlusten geschützt werden, die aufgrund des krisenbedingten Rückgangs von Neueinstellungen aktuell keine neue Arbeit aufnehmen können.

Um die Kluft zwischen arm und reich langfristig zu reduzieren, sind insbesondere folgende Maßnahmen notwendig:

- 1 Verringerung des Niedriglohnssektors durch Anhebung des Mindestlohns:** Um die Einkommensarmut zu reduzieren, müssen die Löhne im Niedriglohnbereich erhöht bzw. der Niedriglohnbereich weitestgehend abgeschafft werden. Hierfür muss der Mindestlohn schrittweise angehoben werden. Die Höhe

des Mindestlohns beschreibt hierbei eine existenzsichernde Lohnuntergrenze, die nach EU-Konventionen 60% des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten entspricht, und momentan bei ca. 12 Euro liegt (Schulten 2020). Weiterhin sollte bei der Reformierung des Mindestlohngesetz neben diesem relativen Schwellenwert auch dieser existenzsichernde Mindestlohn als absolute Lohnuntergrenze gesetzlich verankert werden.

- 2 Stärkung der Tarifbindung:** Der Ausbau der Tarifbindung spielt eine wesentliche Rolle bei der Reduktion des Niedriglohnbereichs. Denn insbesondere Beschäftigte mit geringem Monatsentgelt arbeiten deutlich seltener in Betrieben, die nach Tarifvertrag entlohnen (Schulten/Müller 2020). Eine Stärkung des Tarifvertragssystem würde demnach insbesondere dem Niedriglohnbereich zugute kommen. Hierzu sollten das Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung erleichtert und Tariftreuevorgaben bei öffentlichen Aufträgen gestärkt werden.
- 3 Besteuerung von Kapitalerträgen und Reformierung der Erbschaftssteuer:** Um ein weiteres Ansteigen der Vermögenskonzentration zu vermeiden, müssen Kapitalerträge stärker besteuert werden. Daher sollten sie in die Einkommenssteuer integriert werden und somit progressiv anstatt wie bisher pauschal besteuert werden. Zudem sollten sehr hohe Erbschaften stärker besteuert werden, zum Beispiel durch eine Anhebung des Steuersatzes von außerordentlich hohen Unternehmensübertragungen. Weiterhin sollte die Mehrfachnutzung von Freibeträgen bei Schenkungen eingeschränkt werden.
- 4 Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen von Migrant*innen:** Der vorliegende Bericht zeigt, dass Migrant*innen ein deutlich höheres Armutsrisiko haben als Personen ohne Migrationsgeschichte. Daher müssen von staatlicher Seite deutlich mehr Anstrengungen unternommen werden, ausländische (Aus-)Bildungsabschlüsse anzuerkennen. Weiterhin sollte das Angebot an Qualifizierungsangeboten zum Beispiel zur Behebung von Sprachbarrieren ausgebaut werden. Zudem müssen potenzielle Diskriminierungsprozesse stärker in den Blick genommen und beseitigt werden.
- 5 Bedarfsorientierte Beratung für Bedürftige:** Um die Ungleichheiten der Einkommen zu reduzieren, ist neben finanzieller auch soziale Unterstützung nötig. Dies schließt zum Beispiel auch eine unbürokratische Hilfestellung bei Schulden oder Suchtproblemen ein.

¹¹ Zwar zeigen Dengler und Matthes (2015), dass Geringqualifizierte häufiger einfache, schwer automatisierbare Tätigkeiten erledigen als Fachkräfte und daher teilweise geringere Substitutionspotenziale haben. Allerdings können sich dadurch Verdrängungseffekte ergeben, weswegen es dennoch Geringqualifizierte sind, die aufgrund der Digitalisierung der Arbeitswelt ihren Arbeitsplatz verlieren.

Einkommensarmut: Personen, die in Haushalten leben, die über weniger als 60% des Medianeinkommens verfügen; sind es weniger als 50%, spricht man von strenger Armut.

Einkommensreichtum: Personen, die in Haushalten leben, die über mehr als 200% des Medianeinkommens verfügen; sind es mehr als 300%, spricht man von großem Reichtum.

Erwerbseinkommen: Löhne und Gehälter, die auf dem Arbeitsmarkt erzielt werden.

Gini-Koeffizient: gibt an, wie ungleich Einkommen verteilt sind und kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. 0 steht dabei für die völlige Gleichverteilung (alle verfügen über gleich viel Einkommen), der Wert 1 für extreme Ungleichverteilung (einer besitzt alles).

Medianeinkommen: der Wert, der genau in der Mitte liegt, wenn alle Einkommen der Größe nach sortiert werden.

Palma-Index: beschreibt die Ungleichverteilung von Einkommen. Je höher der Palma-Index, desto größer die Ungleichheit. Er beschreibt das Einkommensverhältnis des obersten Dezils im Vergleich zu den untersten vier.

Real verfügbares äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen: Gesamteinkommen aller Haushaltsmitglieder nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich staatlicher und privater Transferzahlungen und der Mietersparnis durch selbstgenutzten Wohnraum – in Preisen von 2010 und für unterschiedliche Haushaltstypen standardisiert.

Theil-Index: beschreibt die Ungleichverteilung von Einkommen. Er gibt das Verhältnis des Einkommens zur Gruppengröße an und nimmt bei Gleichverteilung den Wert 0 an.

- Allianz Research (2020):** Allianz Global Wealth Report 2020. 23 September 2020. [Online verfügbar](#).
- Alon, T. / Doepke, M. / Olmstead-Rumsey, J./Tertilt, M. (2020):** The impact of COVID-19 on gender equality, No. w26947. National Bureau of Economic Research.
- Anger, S./ Bauer, A. / Bossler, M. / Brücker, H./ Bruckmeier, K. / Dietz, M./ Dummer, S./ Fuchs, J. / Gehrke, B. / Grunau, P./ Gundacker, L./ Gürtzen, N./ Haas, A./ Hartl, T. / Hauptmann, A. / Hausner, K. H. / Hutter, C. / Jaschke, P. / Kosyakova, Y./ Kruppe, T./ Küfner, B./ Kubis, A./ Lang, J./ Leber, U./ Leschnig, L./ Müller, D. / Müller, A. / Oberfichtner, M./ Osiander, C./ Rauch, A. / Reims, N./ Sandner, M. / Schneemann, C./ Stegmaier, J./ Stephan, G./ Stobbe, H./ Trahms, A./ Vallizadeh, E./ Vom Berge, P./ Wanger, S./ Walwei, U./ Weber, B./ Weber, E. / Westermeier, C. / Zika, G. (2020):** Befunde der IAB-Forschung zur Corona-Krise – Zwischenbilanz und Ausblick. IAB, Nürnberg.
- Bach, S./ Thiemann, A. / Zucco, A. (2019):** Looking for the missing rich: tracing the top tail of the wealth distribution. *International Tax and Public Finance* 26, 1234–1258.
- Bispinck, R./ Schulten, T. (2020):** Vorschläge zur Erhöhung des Kurzarbeitergeldes in der Corona-Krise. *WSI Blog Work on Progress*. [Online verfügbar](#).
- Blank, F. (2017):** Das Rentenniveau in der Diskussion. *WSI-Policy Brief* Nr. 13/2017, Düsseldorf.
- Böhme, D./ Burkert, C./Carstensen, J./Eigenhüller, L./Hamann, S./ Niebuhr, A./Roth, D./ Sieglén, G./Wiethölter, D. (2020):** Warum der coronabedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit in manchen Regionen deutlich höher ausfällt als in anderen. In: *IAB-Forum*, 4.9.2020.
- Bofinger, P./ Dullien, S./ Felbermayr, G./ Fuest, C./Hüther, M./Südekum, J./ Weder di Mauro, B. (2020):** Wirtschaftliche Implikationen der Corona-Krise und wirtschaftspolitische Maßnahmen. *Wirtschaftsdienst* 100 (4), S. 259-265.
- Burauel, P./ Grabka, M./Schröder, C./Caliendo, M./Obst, C./Preuss, M. (2018):** Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns auf die Lohnstruktur: Studie im Auftrag der Mindestlohnkommission. Abschlussbericht. [Online verfügbar](#).
- Butterwegge, C. (2020):** Ungleichheit in der Klassengesellschaft. Köln: Papy-RossaDIW Berlin (2020): SOEP-Core Version 35. [Online verfügbar](#).
- Conceicao, P. / Ferreira, P. (2000):** The young person's guide to the Theil Index: Suggesting intuitive interpretations and exploring analytical applications: University of Texas inequality Project (UtiP), UtiP Working Paper No. 14
- Frodermann, C./ Schmucker, A./Müller, D. (2018):** Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern in mittleren und großen Betrieben. *IAB Forschungsbericht* 3/2018, Nürnberg.
- Grabka, M. / Goebel, J. (2018):** Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 1991 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen. *DIW Wochenbericht* 21/2018, S. 450-460.
- Grabka, M. / Goebel, J. (2020):** Realeinkommen steigen, Quote der Niedrigeinkommen sinkt in einzelnen Altersgruppen. *DIW Wochenbericht* 18/2020, S. 315-323.
- Hövermann, A. (2020):** Soziale Lebenslagen, soziale Ungleichheit und Corona – Auswirkungen für Erwerbstätige. Eine Auswertung der HBS-Erwerbspersonenbefragung im April 2020. *WSI Policy Brief* Nr.44, 6/2020, Düsseldorf.
- Hövermann, A./ Kohlrausch, B. (2020):** Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise – Befunde einer Erwerbstätigenbefragung. *WSI-Mitteilungen* 6/2020.
- Koebe, J./Samtleben, C./Schrenker, A./ Zucco, A. (2020):** Systemrelevant, aber dennoch kaum anerkannt : Entlohnung unverzichtbarer Berufe in der Corona-Krise unterdurchschnittlich. *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: DIW aktuell* Nr. 48, Berlin.
- Kohlrausch, B./Zucco, A. (2020):** Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. *WSI Policy Brief* Nr. 40. 05/2020, Düsseldorf.
- Kruppe, T./ Osiander, C. (2020):** Kurzarbeit in der Corona-Krise: Wer ist wie stark betroffen? (Serie „Corona-Krise: Folgen für den Arbeitsmarkt“). In: *IAB-Forum*, 30.06.2020.
- OECD (2020):** Income inequality (indicator). [Online verfügbar](#).
- Pusch, T./Seifert, H. (2020):** Kurzarbeit in der Corona-Krise mit neuen Schwerpunkten *WSI Policy Brief* Nr. 47, 09/2020, Düsseldorf.
- Schulten, T. (2020):** Der Niedriglohnsektor in der Corona-Krise. *APuZ* 70 (39-40), S. 16-21.
- Schröder, C./Entringer, T./ Goebel, J. / Grabka, M. / Graeber, D. / Kröger, H. / Kroh, M./ Kühne, S. / Liebig, S. / Schupp, J./ Seebauer, J. / Zinn, S. (2020):** Vor dem Covid-19-Virus sind nicht alle Erwerbstätigen gleich. *DIW Aktuell* 41, Berlin.
- Schröder, C./ Bartels, C./Göbler, K./Grabka, M./König, J. (2020a):** MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen. *DIW Wochenbericht* 29/2020, S. 511-521.
- Spannagel, D. (2015):** Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück. *WSI-Verteilungsbericht* 2015. *WSI Report* Nr. 26, November 2015, Düsseldorf.
- Spannagel, D. (2018):** Dauerhafte Armut und verfestigter Reichtum. *WSI-Verteilungsbericht* 2018. *WSI Report* Nr. 43, November 2018, Düsseldorf.
- Spannagel, D./ Molitor, K. (2019):** Einkommen immer ungleicher verteilt. *WSI-Verteilungsbericht* 2019. *WSI Report* Nr. 53, Oktober 2019, Düsseldorf.
- Statistisches Bundesamt (2020):** Durchschnittliche Bruttojahresverdienste von Vollzeitbeschäftigten im Jahr 2019. [Online verfügbar](#).
- Tiefensee, A. (2017):** Wie lange reicht das Vermögen beim Einkommensausfall? *WSI-Verteilungsbericht* 2017. *WSI Report* Nr. 37, November 2017, Düsseldorf.
- Unger, B./Bispinck, R./Pusch,T./Seils, E./ Spannagel, D. (2013):** Verteilungsbericht 2013. Trendwende noch nicht erreicht: Hans-Böckler-Stiftung *WSI Report* Nr. 10, Düsseldorf.
- UBS/PwC (2020):** Riding the storm – Market turbulence accelerates diverging fortunes. *Billionaires insights* 2020. [Online verfügbar](#).

Verband alleinerziehender Mütter und Väter [VAMV NRW] (2020): Lagebericht Alleinerziehende während der Corona-Krise, Stand 17.09.2020, Essen.

Vermeulen, P. (2018): How fat is the top tail of the wealth distribution? *Review of Income and Wealth*, 64(2), 357–387.

Weber, E. (2020): Kurzarbeit in der Corona-Krise: Längere Bezugsdauer bei Qualifizierung der Beschäftigten. IAB-Forum, [Online verfügbar](#).

Wechselbaumer, D. (2020): Multiple Discrimination against Female Immigrants Wearing Headscarves, in *Industrial and Labor Relations Review*, Vol. 73 (3), 600-627.

Faktoren, die die Häufigkeit von Einbußen des Haushaltsnettoeinkommens beeinflussen – Ergebnisse schrittweiser logistischer Regressionen

Abhängige Variablen: Einbußen beim Haushaltseinkommen	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Alter	-0,00	-0,00	-0,00	-0,00**	-0,00†	-0,00†
Geschlecht 1m, 2w	-0,00	-0,01	-0,03†	-0,02	-0,02	-0,02†
mit Migrationshintergrund	0,07***	0,07***	0,08***	0,06**	0,07**	0,06**
mit Kindern/Jugendlichen im Haushalt	0,04**	0,05***	0,08***	0,08***	0,08***	0,08***
Ortsgröße	-	-0,00	-0,01†	-0,00	-0,01†	-0,01†
aus ostdeutschem Bundesland	-	-0,04*	-0,04*	-0,03†	-0,05*	-0,05**
Haushaltseinkommen (in 1.000 €)	-	-	-0,03***	-0,02***	-0,03***	-0,03***
Schulbildung	-	-	0,00	-0,01	0,00	-0,00
Hochschulabschluss	-	-	0,00	0,04†	0,02	0,03
kein beruflicher Bildungsabschluss	-	-	0,03	0,02	0,01	0,00
Arbeitslos	-	-	0,12**	-	-	-
sozialversicherungspflichtig. beschäftigt	-	-	-	0,01	-	-
unbefristet beschäftigt	-	-	-	-0,00	-	-
bei Leih-/Zeitarbeitsfirma beschäftigt	-	-	-	0,10†	-	-
per Werkvertrag beschäftigt	-	-	-	-0,01	-	-
geringfügig beschäftigt	-	-	-	0,12**	-	-
Betriebsgröße	-	-	-	-0,00	-	-
ohne Tarifvertrag	-	-	-	0,01	-	-
ohne Betriebsrat	-	-	-	-0,00	-	-
Kurzarbeit in w1 und/oder w2	-	-	-	0,37***	-	-
Arbeiter*in	-	-	-	-	0,04*	0,04*
Freiberufler*in/Selbstständige*r	-	-	-	-	0,21***	0,20***
Beamte*r	-	-	-	-	-0,24***	-0,22***
Gastgewerbe	-	-	-	-	-	0,30***
N	6091	5643	4792	3924	4624	4624
R ² Cox & Snell	,005	,008	,027	,178	,036	,069
R ² Nagelkerke	,008	,011	,038	,250	,051	,097

Dargestellt sind Average Marginal Effects: Werte >0 positiver Effekt, <0 negativer Effekt. Signifikanzniveaus: † p<.10, *p<.05, **p<.01, ***p<.001. Im Sample enthalten sind alle Personen, die in der 2. Befragungswelle befragt wurden und zu allen in der Regression verwendeten Variablen Angaben gemacht haben.

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung; eigene Berechnungen



Faktoren, die beeinflussen, wer besonders hohe Einbußen des Haushaltsnettoeinkommens hatte – Ergebnisse linearer Regressionen.

Abhängige Variable: prozentuale Abschätzung des monatlichen Verlusts des Haushaltsnettoeinkommens	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Geschlecht (1m, 2w)	0,02	0,01	0,03	-0,01
Alter	-0,07**	-0,07**	-0,12***	-0,08**
aus ostdeutschem Bundesland	0,01	-0,01	0,00	-0,01
Ortsgröße	0,10***	0,09***	0,09***	0,09***
mit Kindern/Jugendlichen im Haushalt	-0,03	-0,01	-0,01	-0,01
mit Migrationshintergrund	0,04	0,04	0,03	0,03
Schulbildung	-	-0,01	-0,01	0,01
Hochschulabschluss	-	0,02	0,02	0,04
Haushaltsnettoeinkommen	-	-0,17***	-0,15***	-0,10***
kein beruflicher Bildungsabschluss	-	-0,03	-0,04	-0,05*
Arbeiter*in ¹	-	-	0,04	0,01
Beamte*r ¹	-	-	0,02	-
Freiberufler*in/Selbstständige*r ¹	-	-	0,28***	-
Land- und Forstwirtschaft ²	-	-	-0,03	-0,04
Öffentlicher Dienst / Bund, Länder u. Kommunen ²	-	-	-0,13***	-0,09**
Energie, Wasserversorgung, Bergbau ²	-	-	-0,09***	-0,08**
Produzierendes/Verarbeitendes Gewerbe ²	-	-	-0,16***	-0,13***
Baugewerbe ²	-	-	-0,10***	-0,10***
Gastgewerbe ²	-	-	0,10***	0,10**
Medien/Information/Kommunikation ²	-	-	-0,06*	-0,05†
Finanz- & Versicherungsdienstleistungen ²	-	-	-0,08**	-0,07*
Grundstücks- und Wohnungswesen ²	-	-	-0,07**	-0,08**
Gesundheits- und Sozialwesen ²	-	-	-0,09**	-0,07*
Sonstige Dienstleistungen (auch von freien Berufen erbracht) ²	-	-	-0,08**	-0,06*
nicht-sozialversicherungspflichtig beschäftigt	-	-	-	0,05†
befristet beschäftigt	-	-	-	0,07**
bei Leih-/Zeitarbeitsfirma beschäftigt	-	-	-	0,05*
per Werkvertrag beschäftigt	-	-	-	0,06*
geringfügig beschäftigt	-	-	-	-0,00
Betriebsgröße	-	-	-	-0,13***
ohne Tarifvertrag	-	-	-	0,03
ohne Betriebsrat	-	-	-	0,06†
Gewerkschaftsmitgliedschaft	-	-	-	-0,00
N	1780	1613	1613	1544
R ²	0,02	0,05	0,18	0,15
korrigiertes R ²	0,02	0,04	0,17	0,13

Dargestellt sind beta-Werte: Werte >0 positiver Effekt, <0 negativer Effekt. Signifikanzniveaus: † p<.10, *p<.05, **p<.01, ***p<=.001.

1 Referenz: Angestellte, 2 Referenz: Verkehr und Logistik. Im Sample enthalten sind alle Personen, die in der 2. Befragungswelle befragt wurden, in Haushalten mit mehr als einer Person leben und Einkommenseinbußen hatten.

Hinweis: Zur besseren Interpretation der Ergebnisse wurde hier – trotz ordinaler abhängiger Variable – ein OLS-Modell geschätzt. Doch auch im ordinalen logistischen Modell ändern sich die Richtungen und Signifikanzen der Koeffizienten nicht.

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung; eigene Berechnungen

IMPRESSUM

Ausgabe

WSI Report Nr. 62, November 2020
Verteilungsbericht 2020

ISSN 2366-7079

Herausgeber

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 7778-187

<http://www.wsi.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 7778-150
rainer-jung@boeckler.de

Grafiken: Jutta Höhne
Satz: Daniela Buschke

Kontakt

Dr. Aline Zucco
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 7778-231

aline-zucco@boeckler.de
www.wsi.de

Dieses Werk ist lizenziert unter der
Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International
(<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)